

## **Kindergärten: Bischof fordert kostenfreie frühkindliche Bildung**

Rendsburg (epd). Der Schleswiger Bischof Gerhard Ulrich hat für Eltern kostenfreie oder kostenermäßigte Kindergärten gefordert, um so eine frühkindliche Bildung für alle Kinder zu ermöglichen.

Diesen Appell richtete der evangelische Theologe am Donnerstag an Kommunen, Landkreise und das Land Schleswig-Holstein. Dies wäre "ein nationales Bildungsprogramm erster Güte", sagte der Vorsitzende der nordelbischen Kirchenleitung in einem Festgottesdienst in Rendsburg. Anlass war das 60-jährige Jubiläum des Verbands Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein (VEK).

Der VEK vertritt die Interessen von rund 600 evangelischen Kindertagesstätten. In Schleswig-Holstein müssen Eltern seit dem 1. August für das letzte Kindergarten-Jahr nichts mehr für eine fünfstündige Betreuung bezahlen. Von der Regelung profitieren 24.000 Kinder. Die SPD will bis 2013 alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei machen. Auch die Grünen wollen die beitragsfreie Kita. CDU und FDP halten dies ebenfalls für sinnvoll, derzeit aber für unbezahlbar. VEK-Geschäftsführer Markus Potten appellierte an die Landespolitiker, bei den Koalitionsverhandlungen "dem Kitabereich die nötige Aufmerksamkeit zu schenken".

Der VEK wurde 1949 in Kiel als Evangelischer Landesverband für Kinderpflege gegründet, seinen heutigen Namen trägt er seit 1994. Mit ihren 32.000 Kindergartenplätzen ist die evangelische Kirche in Schleswig-Holstein der größte Anbieter. VEK-Vorsitzender Matthias Bohl stellte auf der Festveranstaltung eine Chronik zur Geschichte der Kindergärten vor. Besonders aktiv ist der VEK in den vergangenen Jahren in der theologischen und religionspädagogischen Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen gewesen, damit Kinder "mit Gott groß werden" können. Dies ist auch der Titel der Chronik.

Zu den Aufgaben des VEK gehören unter anderem Beratung und Unterstützung der Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter in pädagogischen Fragen. Weiter ist der Verband zuständig für Bau- und Rechtsfragen sowie für die Zusammenarbeit mit Kirche, Diakonie und Land.